

Plenumsvortrag

Familie als Gegenstand politischer Auseinandersetzungen. Die neuen rechts-konservativen Mobilisierungen gegen Gender, Sexualerziehung und sexuelle Vielfalt.

von Dr. Imke Schmincke

1. Einleitung: Familie als Gegenstand politischer Debatten

Wer oder was Familie ist, ist zu unterschiedlichen Zeiten unterschiedlich definiert und gelebt worden. Dass Familien Wandlungsprozessen unterliegen, ist somit ein alter Hut der Familienforschung. Gerade die Forschungen zu Familien in multipler Elternschaft nehmen von dieser Beobachtung ihren Ausgang und untersuchen alte und neue Familienformen in ihrer Vielfalt. Elternschaft hat viele Facetten: sie begründet sich u.a. über biogenetische, soziale und rechtliche Dimensionen. Sie wird aber darüber hinaus auch beeinflusst von den Normen und Leitbildern zu Familie, die in einer Gesellschaft herrschen bzw. hegemonial sind. Gesellschaftliche Debatten zum Thema Familie werden häufig sehr moralisch und emotional geführt und sie sind Ausdruck der Tatsache, dass Familie – als Wert, als Leitbild – ein auch stark politisch gerahmter Gegenstand ist. Davon soll mein Vortrag handeln.

Mit Blick auf die Entwicklung von Familie erleben wir derzeit ungleichzeitige und widersprüchliche Entwicklungen: Es gibt zum einen eine größere Akzeptanz von Familienformen jenseits der Norm der heterosexuellen Kleinfamilie (Ehe zwischen Mann und Frau und selbst gezeugte Kinder). Damit verbunden ist sowohl eine stärkere Anerkennung bestehender Familienformen (Stief- und Patchworkfamilien, Ein-Eltern-Familien) als auch eine stärkere Unterstützung im Sinne einer Ermöglichung und Legalisierung von Regenbogen- und Reproduktionsfamilien durch die Ehe für alle und reproduktionstechnologische Möglichkeiten. Familienpolitik versucht durch Maßnahmen wie Elterngeld und den Ausbau von Betreuungseinrichtungen der Tatsache Rechnung zu tragen, dass Männer wie Frauen zunehmend erwerbstätig sein wollen und auch müssen und die traditionelle geschlechtliche Rollenverteilung immer weniger attraktiv erscheint.

Gleichzeitig erleben wir jedoch gegenläufige Tendenzen; in der öffentlichen Debatte werden zunehmend rechtskonservative/rechtspopulistische Mobilisierungen wahrnehmbar, für die eine konservative Familienpolitik ein Kern-Issue darstellt. Um diese neuen rechten Mobilisierungen, die offensiv gegen Geschlechtergerechtigkeit, Gleichstellung homosexueller Partnerschaften sowie Sexualpädagogik Front machen, soll es in meinem Vortrag gehen. Meine These ist, dass diese Gruppierungen Gender, sexuelle Vielfalt und Sexualpädagogik auf eine

neue Weise politisieren und als rhetorische und ideologische Strategie den Schutz der Kinder und der Familie in den Vordergrund stellen, um letztlich ein sehr konservatives Familienmodell und mit diesem einen autoritären Politikstil zu etablieren.

„**Gender**“ steht in den Augen der Rechtspopulist_innen für Gleichberechtigung der Geschlechter und vor allem für Ansätze, die argumentieren, dass unsere Vorstellungen von Geschlecht (Männerstark, Frauen-schwach etc.) vor allem sozial gemacht sind und dass Stereotype Vorstellungen von Geschlecht stark einengen und Chancengleichheit gefährden. Und nicht der realen Vielfalt der Menschen entsprechen. **Sexuelle Vielfalt** steht für die Tatsache, dass Männer auch Männer und Frauen auch Frauen lieben können, dass manche Menschen das Gefühl haben, im falschen Geschlechtskörper zu leben, dass manche Männer sehr weiblich, manche Frauen sehr männlich usw. sein können. Mit **Sexualaufklärung** ist die Verankerung von Sexualaufklärung im Lehrplan gemeint, die die Aufgabe hat, Kinder und Jugendliche altersgemäß aufzuklären, ihnen einen selbstbestimmten Umgang mit Sexualität und was damit verbunden wird zu ermöglichen. Die Gegner_innen argumentieren im Kern, dass diese Denkweisen und Ansätze Identität, soziale Ordnung und vor allem die Familie zerstören würden. Dass es ihnen aber nicht um Familie generell, sondern um eine ganz bestimmte Familienform geht, soll im Weiteren deutlich werden.

Ein Blick auf die Wahlprogramme der Parteien, die 2017 in den Bundestag eingezogen sind, zeigt zum einen, dass Familienpolitik ein wichtiges Politikfeld ist, zum anderen aber, dass mit diesem unterschiedliche Konzepte von Familie verbunden und propagiert werden. So formulieren die Parteien CDU, SPD, FDP, GRÜNE und die LINKE in Variationen (vor allem mit Bezug auf den Stellenwert der (heterosexuellen) Ehe), dass Familie dort beginne, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. Im Gegensatz dazu betont die AfD, dass Familienpolitik Bevölkerungspolitik sein müsse und dazu diene, die Geburtenrate der deutschstämmigen Bevölkerung zu steigern. Als Familie will die AfD ausschließlich die Konstellation aus Vater, Mutter, Kind verstanden wissen.

2. Wer repräsentiert den rechtskonservativen Familiendiskurs?

Der Diskurs um rechtspopulistische Familienpolitik wird derzeit parlamentarisch von der AfD repräsentiert und gepflegt, die Entwicklung dieses Diskurses setzte m.E. vor allem mit den neuen konservativen Protestbewegungen an, die europaweit die Themen Gender und Sexualität von rechts zum Politikum machen und damit Liberalisierungsprozesse zurückdrängen wollten.

Den Anfang bildeten die Proteste in Frankreich gegen die *Marriage pour tous*, der Ehe für alle, die 2012 vom Bündnis *Manif pour tous* initiiert wurden und Anfang 2013 großen Zulauf erhielten. In Deutschland war seit 2006 in deutschen Feuilletons verschiedentlich gegen Gender Mainstreaming und Gender Studies polemisiert worden – ohne jedoch, dass sich daraus eine politische Bewegung gebildet hätte. Im November 2013 startete ein evangelikaler Lehrer die Petition „Zukunft – Verantwortung – Lernen: Kein Bildungsplan 2015 unter der Ideologie des Regenbogens“, mit welcher er gegen einen Bildungsplan protestierte, welcher Vielfalt als Querschnittsthema verankern wollte. Im Januar 2014 bekam die Petition auf einmal große auch überregionale Aufmerksamkeit und in diesem Zuge auch 190 000 Unterschriften. Die Regierung knickte später ein und formulierte die Ziele des Bildungsplans um.

Die Petition wurde von Demonstrationen der Initiativen bzw. Bündnisse *Demo für alle* und *Besorgte Eltern* flankiert. Beide Gruppierungen, in letzter Zeit vor allem die *Demo für alle*, mobilisieren seither immer wieder und auch sehr medienwirksam gegen eine vermeintlich „Frühsexualisierung“ an Schulen und damit auch gegen konkrete Lehrpläne zur Sexualerziehung sowie gegen die Gleichstellung homosexueller Partnerschaften, vor allem die Ehe für alle. Sexuelle Vielfalt sowie die mit dem Begriff Gender verknüpften Vorstellungen einer sozialen Prägung von Geschlechterrollen sind die Themen, die sie bekämpfen. Im Zentrum ihrer Argumentation steht dabei jedoch immer wieder die Familie, die es zu schützen bzw. zu retten gelte. Wie bereits erwähnt, findet diese Argumentation vor allem Anschluss in Programmen der AfD, aber auch die CSU hat in ihr Grundsatzprogramm die Kampfvokabeln dieser rechtspopulistischen Bewegung („Frühsexualisierung“, „Genderideologie“) mit aufgenommen.

3. Argumentation bezogen auf Familie

Bei der neuen rechtspopulistischen Offensive zu Familie handelt es sich zunächst vor allem um einen Kampf um Deutungsmacht. Es geht dabei darum, Deutungshoheit über Begriffe zu gewinnen und das bedeutet die Bedeutung von Begriffen mitzubestimmen bzw. herkömmliche Begriffe zu denunzieren. Denn mit der Setzung eines Begriffs hat man auch ein Thema gesetzt und nicht zuletzt eine bestimmte Weise über ein Thema zu denken (dies gilt vor allem für den Begriff der „Frühsexualisierung“, aber eben auch für den Begriff Familie). Die zentralen argumentativen Strategien und Rhetoriken, die in diesem Kampf um Deutungshoheit zum Einsatz kommen, sind:

- **Diffamierungen, Verleumdungen, Umdeuten** (Begriffe umdeuten bzw. diffamieren; Gender= Gender GaGa, Gender Studies=Gender Ideologie; Sexulazerziehen=Frühsexualisierung; Gendermainstreaming=Genderwahnsinn; Sexualaufklärer seien pervers und/oder pädophil; liberale Wert=rotgrün versifft)
- **Verkürzungen, Dekontextualisierung, Übertreibungen und Falschaussagen** (z.B. die Gender-Ideologie behaupte Geschlecht sei jederzeit frei wählbar; Gender Studies seien unwissenschaftlich; bei der Sexualaufklärung würden die Kinder „indoktriniert“ bzw. sie müssten schon mit 7 Jahren Sexualpraktiken lernen)
- **Anti-Etatismus/Anti-Establishment Rhetorik** (“Lobbygruppen” würden ihre Vorstellungen von Gender und Politik durchsetzen, bzw. der Staat oder die EU)
- **Verschwörungsrhetoriken** („Lobbygruppen“; „Umerziehung“; Steuergelder, die in den Unterhalt von Genderprofessuren flössen;)
- **Emotionalisierung durch Angstdiskurs („Politik mit der Angst“)** („Kinderseelen“, Zerstörung von Familie, Bedrohung, Angst, Zerfall)
- Projektion (das Unterdrückte im Eigenen, Abgespaltene wird nach außen, auf eine andere Person oder Gruppe projiziert und an diesen quasi stellvertretend ausagiert und verfolgt)
- **Instrumentalisierung universaler und liberaler Argumente**

Problematisch an den Argumentationen zum Thema Familie, die sich in den Flyern und Selbstdarstellung der *Ehe für alle*, der Besorgten Eltern und der *Initiative Familienschutz* finden, sind m. E. folgende Aspekte: Ein bestimmtes konservatives Familienmodell wird als einzig richtiges und legitimes bestimmt. Alle Versuche einer Liberalisierung und damit auch der Versuch den Rechten von Kindern und Eltern (nach einer freien Entwicklung, nach Schutz vor Diskriminierung, nach gleichberechtigter Teilhabe etc.) gerecht zu werden, werden kritisiert und diffamiert. Sie werden aber darüber hinaus auch diskreditiert durch falsche Behauptungen (Familie würde zerstört, Sexualaufklärung und Geschlechtergerechtigkeit seien schädlich und basierten auf unwissenschaftlichen, ideologischen Annahmen, würden von einer Minderheit der Mehrheit gegen ihren Willen aufoktroziert werden etc.). Es findet eine systematische Verdrehung von Norm und Wirklichkeit statt: Die Norm – Familie als heterosexuelle Kleinfamilie – wird als empirische (und anthropologische) Faktizität behauptet, die gefährdet werde. Und die Empirie der Vielfalt als Ideologie, als Ergebnis von Indoktrination und Lobbyismus. Dabei wird ignoriert, dass die empirische Wirklichkeit familialer Lebensformen schon immer weitaus pluraler war, als es die Norm der Kleinfamilie Glauben macht. Wie Anja Steinbach schreibt, stellt die Realisierung der Norm der bürgerlichen Kleinfamilie „eine historische Ausnahmesituation in den 1950er und 1960er Jahren in westlichen Gesellschaften Europas und Nordamerikas dar. In diesen zwei Jahrzehnten, die in der Familienforschung auch als ‚Golden Age of Marriage‘ bezeichnet werden, konnte sich für einen sehr kurzen historischen Zeitraum ein bestimmtes Familienmodell durchsetzen, das seitdem als Hintergrundfolie dient, um heutige Familienformen zu beurteilen. Vergessen wird dabei, dass es (fast) alle Familienformen, die es heute gibt, eigentlich schon immer gegeben hat.“¹

4. Fazit

Problematisch ist aber auch, dass das in den rechtspopulistischen Gruppierungen sowie in der AfD propagierte Familienmodell mit Ausschlüssen und Diskriminierungen einhergeht und den Grundprinzipien eines demokratischen Miteinanders, in dem jede/r das Recht auf Schutz und freie Entfaltung haben sollte, zuwiderläuft. Und das heißt konkret: eine Missachtung aller familialen Lebensformen jenseits heterosexueller verheirateter Paare mit selbst gezeugten Kindern.

Die Vielfalt von Familienformen wird diese Offensive nicht zurückdrehen können, aber sie beeinflusst insbesondere auch mit ihrer Angst-Rhetorik das gesellschaftliche Klima zunehmend. Ziel muss es daher sein, den Begriff der Familie zu verteidigen und zu zeigen, dass Familie – immer schon – mehr war als Vater, Mutter, Kind. Der Begriff der Familie muss daher auch von seinem normativen Ballast befreit werden, um empirisch sichtbar zu machen, was Familie alles ist. Erst dann lässt sich auch darüber reden und streiten, welche Bedingungen notwendig sind, um familiale Bindungen zu ermöglichen, die den einzelnen gleichermaßen Freiheit wie Geborgenheit vermitteln können.

¹ Steinbach, Anja (2017): Mutter, Vater, Kind: Was heißt Familie heute? In: APuZ 30-31/2017, S. 4-8, hier S. 4.